

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für

den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 Monatlich. Einzelne Abz. 20 Pf.
Herausgeber: Geschäftskarte Nr. 21295, Schriftleitung Nr. 14574.
Postkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anhängungs-
teil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Gelingen 5 M. — Erhöhung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Beziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbilanz
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplatten auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Überleitung (und preisgelehrten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Voeges in Dresden.

Nr. 14

Mittwoch, 19. Januar

1921

Die Ernährungsministerkonferenz.

(W.M.) Die Konferenz der Ernährungsminister, die am 15. Januar in Dresden lagte, hat sich mit den Mindestpreisen für Getreide der Ernte 1921 beschäftigt, wobei auch von mehreren Seiten die Form der Bewirtschaftung in den Kreis der Diskussionen gezogen wurde.

Der Reichsminister Dr. Hermann gab der Ansicht des Reichsministeriums Ausdruck, daß die öffentliche Bewirtschaftung aufrechterhalten werden müsse, doch aber die bisherige Form der Bewirtschaftung nicht mehr beibehalten werden könne. Der überwiegende Teil der Konferenzteilnehmer schloß sich dieser Aussicht an; die Stellungnahme der Konferenz wurde noch besonders festgelegt durch die Annahme eines Antrags Oldenburgs, welcher lautet:

„Die öffentliche Bewirtschaftung des Brots getreides, der Getreide und des Hauses aus der Ernte 1921 muß aufrechterhalten werden. Mit der Feststellung der Mindestpreise wird jedoch gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß das bisherige System der Bewirtschaftung nicht fortgeführt werden kann. An Stelle des bisherigen Systems muß das Neuloseystem in erster Linie in Gewissheit gesetzt werden, wobei die Einzelheiten noch näherer Regelung vorzubehalten sind. Für den Fall, daß dieses System gewählt wird, müssen Gemeinde und Kreis Träger der Aussetzung werden und nach der Reichsgesetzgebung eine Bestimmung eingefügt werden, nach der durch Umlage zur Absicherung gesicherter aber nicht zur Absicherung gelangte Mengen im Verwaltungsweg Verteilung in Höhe des Rechtsatzes des Höchstpreises, mindestens des Weltmarktpreises, verlangt werden kann.“

Die Schantze der Getreidewirtschaft soll in der nächsten Ministerkonferenz behandelt werden. Bis dahin will das Reichsministerium eine Deutlichkeit über die Möglichkeiten der verschiedenen Systeme vorlegen.

Das Reichsministerium gab weitere Kenntnis von der beabsichtigten Regelung der Ein- und Ausfuhrzölle, besonders über die Freigabe der Einfuhr weiterer Lebensmittel. Es sollen vom Reichsministerium ausgearbeitete Richtlinien maßgebend sein. Entsprechend den wiederholten von den Ländern geäußerten Wünschen soll die Errichtung der Einfuhrbewilligung innerhalb der Richtlinien dezentralisiert werden.

Endlich wurde noch die Abgabe von verbilligten Gütermitteln behandelt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beabsichtigt, zwei Wege zur verbilligten Abgabe einzuschlagen, und zwar soll einmal verbilligter Mais für vertragliche Schweinemast gegeben werden und zweitens soll für Ablieferung von Brotsorten, die von der Erfüllung eines bestimmten Bruchteils des Lieferzolls an verbilligter Mais gegeben werden. Die Vorschläge des Reichsministeriums sowohl über die Abänderungen in der Ein- und Ausfuhr wie über die Abgabe von verbilligtem Mais standen grundsätzlich die Zustimmung der Konferenz. Im Laufe der Konferenz hatte der Minister noch Mitteilungen über die Versorgung von Düngemitteln gemacht. Der Reichsfinanzminister hat dem Vorschlag des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zugestimmt, welcher dahin geht, daß das Reich die Garantie für einen bestimmten Dollarfuß übernimmt, um die Salutschwankungen für die notwendig einzuführenden Doppelpakete zu befreien. Es kommt dabei eine einzuführende Menge von monatlich 40 000 Tonnen in Betracht. Der garantierte Kurs ist dabei so gewählt, daß in diesem Düngeryahr eine Verbilligung nicht eintritt, wohl aber im nächsten Düngeryahr. Das Kabinett hat ebenfalls seine Zustimmung zu diesem Plan gegeben, der nunmehr den gelegenden Rücksichten angeleitet wird. Über die Düngemittelfrage ist eine Deutlichkeit in Vorbereitung, die der nächsten Konferenz des Ernährungsministers vorgelegt werden soll.

Die nächste Konferenz der Ernährungsminister wird im Laufe des Monats Februar in München tagen.

Die polnische Gefahr für Oberschlesien.

Kampforganisationen.

Katowice, 18. Januar. Ergänzend zu dem urkundlichen Material, das der Note beigegeben wurde, welche die Reichsregierung am 18. Januar der Polnischen Konferenz hat überreichen lassen, wird gemeldet:

General Lewand, General Marinis, dem Oberst Petrow, der Staatsanwaltschaft in Oppeln und dem Kommandant der APO, Major Dunn-Oppeln ist Anzeige erklart worden von der Existenz eines polnischen Stoßtrupps in Brzozow. Unter den generellen Anweisungen finden sich folgende: Zur Zeit der Abstimmung sind die Truppen verpflichtet, sofort die Telephonleitungen durchzuschneiden, Bahnhöfe, Telegraphenämter, überhaupt alle Regierungs- und Beamtenstellen zu besetzen, die Brücken zu sprengen, überhaupt jeden Verkehr nach Deutschland zu unterbinden. Die deutsche Abstimmungspolizei soll entwaffnet werden. In der Eingabe wird weiter gefragt, daß täglich 50 Mann aus dem Polnischen und 50 Mann aus Polen, ausgebildete Soldaten, nach Oberschlesien kommen. Es handelt sich dabei nicht um einen vereinigt dastehenden Stoll einer Militärorganisation, die nach dem Friedensvertrag für Oberschlesien bestellt sind, sondern solche Kampforganisationen sind in den verschiedensten Orten des Industriebezirks bereits offenbar geworden. So in

den Kreisen Katowic und Beuthen, in Friedens-

hütte, Goczałkowic, Pilzendorf und Militsch.

Ausschreitungen.

Wyslowitz, 18. Januar. Am Sonnabend nachmittag erschien beim Fleischermeister Kosinski in Karlsberg bei Wyslowitz eine Bande von 15 bis 20 Banditen und richtete in der Wohnung große Verwüstungen an. Kosinski wurde erschossen, ebenso ein Beamter der Abstimmungspolizei, der mit drei anderen zu Hilfe geeilt war, und vier Zivilpersonen; drei Zivilisten wurden sehr schwer verletzt. Die Regierung hat 15 000 M. Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Wyslowitz, 18. Januar. Am Freitag wurde in die Wohnung eines Ingenieurs in Karlsdorf geworfen, die großen Sachschaden anrichtete. Am Sonnabend stürmte eine bewaffnete Bande von etwa 20 Mann das Rathaus der Frau Koch in Poloschowiz und raubte u. a. 40 000 M. Der Pflegesohn der Frau Koch, der deutschgeblieben und schon einmal nach Polen verschleppt worden war, wurde auf neue von den Banditen weggeführt. Am Tage darauf wurde er im Walde bei Poloschowiz tot aufgefunden. Die Leiche war in grauenhaftem Zustande.

Wärmewirtschaftliche Abteilung beim Landeskohlenamt.

(N.) Das Kohlenabkommen von Spa hat, wie vorausgeschenkt war, die Versorgung der Industrie mit Kohlen weiter wesentlich verschlechtert; selbst der stark eingeschrankte Bedarf konnte nicht entfernt gedeckt werden. Die hochwertigen Sorten sind nicht einmal mehr für die Zwecke, für die sie unentbehrlich sind, auch nur annähernd vorhanden und der Reichskohlenkommissar hat deshalb erneut auf die Notwendigkeit einer sachgemäßen Wärmewirtschaft hinweisen müssen. Bei dem Landeskohlenamt für Sachsen und Sachsen-Altenburg, Dresden-N., Domplatz 1, ist infolgedessen eine wärmewirtschaftliche Abteilung errichtet worden, deren Aufgabe es ist sich sowohl dem Haushandel wie der Industrie in Fragen der bestmöglichsten Ausnutzung der Kohle und Wärme zur Verfügung zu stellen. Für den Haushandel sind ferner örtliche Heizberatungsstellen in den Kommunalverbänden bez. Gemeinden teils schon errichtet, teils im Entstehen begriffen, während für die Industrie außerdem die Dampfkesselüberwachungsdirektion jedem Betriebe in Fragen der bestmöglichsten Ausnutzung der Kohle und Wärme zur Verfügung steht, damit durch Kesselhaus- und Generationskontrolle und Aufstellung einer Wärmekanzlei die höchstmögliche Ausnutzung der Kohlen sowie weiter des erzeugten Dampfes erreicht wird. Das Landeskohlenamt erlässt die Aufforderung, sich im allen Fällen, in denen eine Beratung in Heizungsfragen und Wärmearmierung für notwendig gehalten wird, sich mit seiner wärmewirtschaftlichen Abteilung in Verbindung zu setzen.

Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 18. Januar. Die Beratungsinstanzen des Verkehrsministeriums, Sachverständigenrat und ständiger Tarifausschuß sind entschlossen, die notwendigen Mehreinnahmen der Eisenbahnen durch eine organisch durchgeholt höhere Belastung der verschiedenen Güterarten und Wagengattungen durchzuführen, wobei vorwiegendlich die höherwertigen Güter am stärksten belastet werden. Es soll vermieden werden, daß die Düngemittel und eine Anzahl wichtiger Rohstoffe übermäßig belastet werden. Im Personenverkehr wird sich die nötige Preiserhöhung in möglichem Umfang halten. Jedoch soll der Nahverkehr erheblich verteuert werden.

Posensche und pommersche Selbständigkeitstreiberungen.

Warchau, 18. Januar. Die Zeitung „Freigrad Wyszory“ bringt alarmierende Meldungen über Vorberlebungen zu einer großangelegten separatistischen Bewegung aus den gesamten posenschen u. pommerschen Gebieten, die sich gegen die Warschauer Zentralregierung richtet.

Das Kabinett Briand.

Paris, 17. Januar. Wie „Matin“ mitteilt, sieht sich das Kabinett Briand aus 13 Abgeordneten und 2 Senatoren zusammen. Die Senatoren sind Doumer und Martaud. Der Partei nach ist ein Mitglied des Kabinetts sozialistischer Republikaner (Briand), vier sind Radikale (Doumer, Martaud, Sarraut und Vincent), vier Mitglieder der demokratischen Linken (Barthou, Guizot, Maginot und Berard), zwei Linkspublikaner (Le Troquer und Louchard), vier Mitglieder der republikanischen Vereinigung (Vonnesay, Lefèvre du Prey, Dior und Lerédu). Louchard ist nicht nur Minister für die freigemachten Gebiete, sondern auch für die Reparation. In dem neuen Kabinett sind vier Mitglieder, die noch nie einem Kabinett angehört haben: Martaud, Vonnesay, Lefèvre du Prey und Dior.

Beratung der französischen Kammer.

Paris, 18. Januar. Wie der „Matin“ meldet, wird die für heute nachmittag einberufene Kammer sich nach einer rein formellen Sitzung auf Donnerstag verlegen. Die endgültige Formulierung der Regierungserklärung findet heute im Ministerrat statt. Wie dasselbe Blatt weiter meldet, liegen in der Kammer bereits acht Interpellationen vor.

Schneemassen in Berlin.

Berlin, 18. Januar. Während der Nacht sind über Berlin und Umgegend ungeheure Schneemassen niedergegangen. In den Vororten ist er stundenweise knietief zusammengeweht. Der Straßenverkehr ist vollständig. Elektrisch betriebene Schneepflüge machen allmählich die Gleise frei. Der Vorortverkehr ist unregelmäßig und hat vorwährend Verzögerungen. Die Temperatur hält sich über dem Nullpunkt.

Großes Eisenbahnunglück in Finnland.

Kopenhagen, 18. Januar. „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Ein großes Eisenbahnunglück stand auf der Bahn zwischen Luga und Nowgorod statt. Eine Benzinfabrik, welche für die Bauern bestimmt war, um gegen Getreide ausgetauscht zu werden, explodierte im Zuge. Von den darin befindlichen 82 Personen kamen 68 um.

50 Jahre Deutsches Reich.

Mit der Errichtung des Deutschen Kaiserreichs am 18. Januar 1871 in der Spiegelsäle des Bismarck-Schlosses kam eine Bewegung hundertjährigen deutschen Schneids, Suchens und Ringens um nationale Einigkeit und Einheit zum Abschluß. Es war nicht deutsche Schuld, daß, um dieses Ziel zu erreichen, erst Altbayern nach Frankreich hineingezogen und auf den Schlachtfeldern sein Blut auf eigenes soziales und nationales Dasein und die ihm in der Volkerfamilie gehörende Machstellung erkämpfen mußte. Napoleon III. der schon in die italienische Einigungsbewegung sich eingemischt und als Schiedsrichter in den Auseinandersetzungen mit Österreich sich aufgezwingt hatte, wollte auch gegenüber Deutschland eine Art Oberhoheit ausrichten. Der Prozeß, den er nach den alten französischen Rezepten Michelius, Ludwig XIV. und des ersten Bonaparte gegen das neue Deutschland einleitete, endete damals in der Hochstimmung nationalen deutschen Einheitsbewußtheins und gegenüber überlegener Bismarckischer Staatskunst mit einer Niederlage. Aber einer der großen Paladine Kaiser Wilhelms, Molte, prophezeite bald, daß wir in 50 Jahren erneut um das Deutsche Reich zu kämpfen haben würden. Diese Propheteiung ist nur zu sehr wahr geworden. Deutschlands Schicksal, durchschlagender Erfolgskampf war ein Kesseltreiben aller gegen das eine Volk, das dank seiner Einigung einen beispiellosen Aufstieg in wenigen Jahrzehnten erreicht hatte, und das, koste es was es wolle, von seinen Feinden erniedrigt werden sollte.

Wenn wir in solcher Zeit, noch mitten im entscheidenden Ringen um unser Leben, den 18. Januar zu einem deutschen Gedenktag wie nie zuvor machen, so tun wir's im Zeichen der alten Volkerwoche: „Und wenn die Welt voll Teufel wäre! — Das Reich muß uns doch bleiben.“ König Wilhelm von Preußen, der auf Antrag der deutschen Volksvertretungen mit Zustimmung sämtlicher deutschen Fürsten und Stämme die Kaiserkrone annahm, gehörte zu denen, die sich der Fortsetzung und ihrem Walten fromm und demütig beugen. Der damalige Hofprediger Rogge, der die Predigt bei der Feier im Bismarck-Schloss hielt, bat in seinen Erinnerungen immer wieder auf diese schlichte Charaktergröße des ersten deutschen Kaisers hingewiesen. Es gibt auch für die heutige Generation keinen anderen Weg zum Verstehen, Ertragen und Überwinden des deutschen Schicksals als den, den die besten unter den Deutschen in langer unermüdlicher Arbeit von Jena bis Sedan und Verdun gegangen sind. Auch bei den schwersten Katastrophen und in den schwierigsten inneren Lagen müssen wir die inneren geschichtlichen Kräfte, die seit mehr denn tausend Jahren die deutschen Stämme in Rot und Gold, in guten und schlechten Zeiten zusammengehalten haben, wieder lebendig machen. Ein Volk wie das deutsche kann nicht untergehen; kein Feind kann ihm das Recht, das mit ihm geboren worden ist, nehmen, ein Volk, eine Nation, ein Reich zu sein; nur an uns selbst kann der Segen scheitern, den die im geschichtlichen Werken der Völker waltende Macht auch für Deutschland so oft bereit gehalten hat und fernher bereit hält.

Prophetisch hat einst Cicero gesungen:

Wenn verbündet Ost und West
wider dich zum Schwert fallen,
wisse, daß dich Gott nicht lädt,
so du nicht dich selbst verlassen.

Und auch in Freiligrath's Deutschnationallied Klingt das verhängnisvolle „Wenn“ ernst und entscheidungsschwer:

Deutschland, Deutschland über alles
über alles in der Welt,
wenn es fiel zu Schuh und Truhe
brüderlich zusammenhält.

Der Bismarck-Vertrag hat erst die Vernichtungskampagne gegen Deutschland eingeleitet. Es liegt an uns die Aufgabe, zu beweisen, daß wir noch all dem bösen, das wir erlebt haben, wenigstens zum letzten großen Volkswort, zur Vernichtung an uns selbst nicht thätig sind. Wer jetzt noch nicht weiß, was die Errichtung des Deutschen Reichs für uns bedeutet, wer die Hand dazu bietet, um es von innen heraus zu zerstören, wer so den äußeren Feinden in die Hände arbeitet, den muß die allgemeine Verachtung treffen. Möge die Erinnerung an den 18. Januar dazu beitragen, daß

wieder der alte gute Geist nationaler Eintracht, nationaler Würde und Selbstbehauptung über und alle komme, das jung und alt den Deutschtum leisten, fest zu halten am Deutschen Reich, das eins mit dem Rest des Vaterlandes verlässt, und das unsere Helden im Weltkrieg unter tapferen Opfern vertheidigt haben!

Der Reichspräsident zum 18. Januar.

Berlin, 18. Januar. Der Reichspräsident hat auf Antrag des heutigen Tages folgende Kündigung erlassen:

Am 18. Januar sind 50 Jahre seit der Einigung der deutschen Stämme zu einem einheitlichen Staatsgebilde vergangen. Die Sehnsucht unserer Vorfahren, das heile Verlangen weiter Schichten des Volles in allen deutschen Gauen sandten hierdurch ihre späte Erfüllung, und diese Erfüllung blieb von Dauer. In allen schmerzlichen Verlusten, die uns jetzt durch Krieg und Frieden betroffen haben, ist uns fast als einziges das eine große Unglück erspart geblieben, daß die deutschen Länder wieder auseinandergefallen sind. Wir halten aneinander fest. Darüber wollen wir uns freuen, wenn wir auch mit besonderer Freude an diesem Tage zu allen deutschen Landsleuten hinüberblicken müssen, die gegen ihren Willen von ihrem Stammmutterlande getrennt sind, und auf das besonders schwierigende Österreich, das mit dem Herzen zu uns steht, wie wir zu ihm. Unsere innere staatliche Einheit weiter zu erhalten und zu festigen, muß unser aller starker Wille sein. Wenn uns auch politische und wirtschaftliche Anschauungen mehr als gut ist trennen, in einem sind wir alle einig: Grenzen sollen uns nicht trennen. Die Einheitlichkeit unseres deutschen Vaterlandes ist für uns alle ein Stück unseres Glaubens, unserer Liebe und unserer Hoffnung.

Berlin, den 18. Januar.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.
Der Reichskanzler: gez. Fehrenbach.

Weitere Antworten auf die 41 Fragen.

Berlin, 17. Januar. Aus der deutschen Antwort auf die 41 Fragen, welche die Verbündeten den deutschen Sachverständigen in Brüssel vorgelegt haben, wird Weiteres bekannt. In Frage 12a, insofern das jetzt in Geltung stehende Steuersystem in Deutschland seine volle Vollzugsfähigkeit erreicht hat, wird ausgeführt, daß seit Oktober die Beratung der verschiedenen Steuern befriedigend vor sich geht. Einige Steuern, wie die allgemeine Umlaufsteuer sowie die Körperchaftssteuer, werden erst nach Schluss des Kalenderjahrs 1920 zur Veranlagung kommen. Das liegt in den Gesetzen selbst begründet, weil die Beratung ansetzt an das Umfrageergebnis bez. an das Einkommen der Körperchaften im Jahre 1920. Beide können aber erst nach Schluss des Jahres festgestellt werden. — Auf die Frage 12b: Ob das Steuersystem jetzt schon voll angewandt? wird geantwortet, daß der Eingang der neuen Steuern bis Oktober sehr viel zu mangelhaft ist, daß das Oktoberergebnis aber bei den Hauptsteuern, der Einkommensteuer und dem Reichsnatopf dem

erwarteten durchschnittlichen Monatsergebnis entspricht. — Auf Frage 12c: Sind größere Anstrengungen zu erwarten in dem kommenden Jahre ohne neue Steuern durch bessere Ausführung der Steuerabkommen und bessere Declarationen? wird geantwortet, daß eine mögliche Vermehrung infolge von Verbesserungen der Steuerabkommen nicht ausgeschlossen erscheint und daß vielleicht ein Mehrertrag an Gütern erzielt werden könnte, wenn von Seiten der verbündeten Mächte dem Reich die Möglichkeit gegeben würde, durch eine genügend hohe Zahl von Beamten und entsprechende Bewohnung derselben die Grenzkontrolle noch mehr zu verschärfen, daß dagegen eine Steigerung der Straftaten infolge Erhöhung der Einkommenssteuer in späteren Jahren kaum zu erwarten sein dürfte. Ebenso bliebe eine Steigerung der Einnahmen durch Eingänge von Steueraufständen aus dem Finanzjahr 1920/21 in nennenswertem Umfang kaum zu erwarten sein. — Der Umsatz der deutschen Regierung aus dem Verkaufe der Güter (Herrzeug) beträgt 4888 Mill. M. Diese Summe ist als Niederkunftnahme beim Auslandsdorf verrechnet worden, sodass sich die Reichsschulden in Höhe dieses Betrages vermindert hat. Frage 20 nach der Verwendung der Vorläufe und der Bezeichnungen, die Deutschland gemäß dem Spazabkommen erhalten hat, wird durch eine Reihe von Beispielen beantwortet. Die Vergleichsliste erhalten 1. eine Wurstzulage von 500 g wöchentlich für jeden Bergmann und eine um 100 Proz. erhöhte Spezzulage von 200 g für jeden Bergmann, 2. 500 g Zeit (Schmalz oder Spez), 3. verbilligtes Kleidungs- und Schuhwerk. Zu Frage 22 wird geantwortet: In den Schulden, die das Deutsche Reich im Zeitpunkte des Abschlusses des Waffenstillstandes hatte, sind keine Änderungen eingetreten.

Das deutsch-belgische Markt-Abkommen.

D.A. Brüssel, 17. Januar. Stanislawski Schröder vom belgischen Reichsfinanzministerium in Brüssel eingetroffen und hat bereits mit dem belgischen Finanzminister Théunis eine erste Versprechung über das abzuschließende deutsch-belgische Markt-Abkommen gehabt.

Bericht auf Ausweisungen aus Oberschlesien.

Berlin, 17. Januar. Im Kreise Beuthen, wo die Polen einen Ausweisungsvorschlag mit 900 deutschen Namen eingezeichnet hatten,stellten die Deutschen, wie berichtet wird, eine Gruppe mit ebensoviel polnischen Namen auf. Schließlich kam man überein, beiderseitig auf die Vorwürfe zu verzichten, womit sich auch das Interessierte Bureau einverstanden erklärte.

Polnische Machenschaften gegen die Abstimmung.

Berlin, 17. Januar. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nach dem Friedensvertrag ist die polnische und die deutsche Regierung gehalten, allen Abstimmungsberechtigten die Ausübung ihres Wahlrechts zu gewährleisten. Nach hier vorliegenden einwandfreien Nachrichten hat die polnische Regierung jetzt den in den abgetretenen Gebieten wohnenden Oberschlesiern, soweit sie im Verdacht stehen, deutsch stimmen zu wollen, Schwierigkeiten bereitet bei der Beschaffung der Abstimmungspapiere. Die polnische Regierung ist anscheinend gewillt, die Ausübung aller Stimmberechtigten zu verhindern, deren Stimmen sie nicht ganz sicher ist. Dieses Vorgehen steht im

Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages. Ebenso wie die deutsche Regierung den Oberschlesiern im Reiche ihr Abstimmungsrecht innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen gewährleistet, muß verlangt werden, daß auch den Oberschlesiern in Polen dieses Recht gesichert bleibt. Die deutsche Regierung hat sich veranlaßt geschlagen, deshalb bei der polnischen Regierung Vorstellungen zu erheben und die Vertreter des polnischen Machtbereichs auf diesen Befund hinzuweisen. Die deutsche Regierung hat auch in der Angelegenheit Braunsfeld einen Protest an den Generalrat gerichtet, der durch den Außenminister abgesetzt worden ist.

Gegen die Entfestigung der ostpreußischen Festungen.

Königsberg, 17. Januar. Den Mitgliedern des Reichstagsdelegations wurde ein von der Deutschen sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei unterzeichnetes Schreiben übermittelt, in dem gegen die von dem Verbande verlangte Entfestigung der Festungen Königsberg, Pillau und Löben protestiert wird, da hierdurch die Provinz Ostpreußen jedem feindlichen Angriff wehrlos preisgegeben würde. Die gesamte Bevölkerung Ostpreußens ohne Unterschied der Partei sehe durch solche Entfestigung die letzte Möglichkeit einer Befreiung ihrer Heimat schwinden. Heute, wo die Gefahr von außen immer drohender werde, müsse die Reichsregierung nachdrücklich dafür eintreten, daß die Festungen nicht entfestigt werden.

Eine kommunistische Kampfsorganisation in Ostpreußen.

Berlin, 17. Januar. Aus Ostpreußen wird verschiedenartig berichtet, daß viele Anzeichen darauf hindeuten, daß in der durch den letzten Anschluß an Masuren gegründeten kommunistischen Partei jetzt neue Befreiungen im Gang seien, die die Kommandoorganisation wieder anzunehmen. Anfang August, als das Comité hier sich ansiedelte, in den polnischen Kortkow einzumarschieren, wurden die Vorbereitungen zu einer Aktion in Ostpreußen von den Radikalen getroffen. In Königsberg wurde eine rote Armee angelegt und es wurden Versammlungen anberaumt, die zum Teil durch die Sipa vereinbart wurden, zum Teil aber stattfinden, zu denen die Mannschaften teilweise bewaffnet erschienen. Neben vereinbarten auf einen nahe bevorstehenden Kampf vor und tellen u. a. mit, daß jenseits der Grenze eine Gruppe von Deutschen, die in der polnisch-sowjetischen Armee zusammenge stellt sei, die in Ostpreußen eindringen würden, sobald die einheimischen Kommunisten losgelassen.

Zu dem Aufruhr des Schuhzehner-ausschusses.

Berlin, 17. Januar. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnerbeamten und Angestellten legt Wert auf die Feststellung, daß der Aufruhr des Schuhzehnerausschusses vom 15. d. J. auch von ihr unterschrieben und ihre Unterschrift nur infolge eines bedauerlichen Irrtums fortgelassen worden ist.

Vom Hauptausschuß des Reichstages.

Berlin, 17. Januar. Der Hauptausschuss genehmigte heute die Ausgaben für die technische Reichsflotte mit 25 Millionen M., für die Beschaffung von Ausbildungsgegenständen 15 Millionen M. zur Durchführung der Reichsflotte. Ferner bewilligte der Hauptausschuss zur Entwicklung der Anzahl für die Bekämpfung der Säuglingssterilität im

Reiche ½ Million M. Nach Bewilligung von 36 Millionen M. für die Durchführung der Reichswahlen und von 5 Millionen M. zur Fürsorge für die deutschstämmigen Auslandsflüchtlinge genehmigte der Hauptausschuss den Stat des Reichsministers des Innern.

Eine neue ungarische Königspartei.

D.A. Budapest, 17. Januar. Unter Führung des Großen Adalbert Andrássy hat sich eine neue Partei gebildet, der bereits namhafte Politiker aller Parteienangehörige angehören. Die neue Partei sieht auf dem Boden des legitimistischen Königreichs.

Unmenschliche Behandlung gefangener Rotgardisten in Polen.

Moskau, 17. Januar. Die russisch-ukrainische Friedensdelegation hat sich an die polnische Friedensdelegation gewandt mit einer Erklärung, in der wieder auf eine ganze Reihe von Fällen unmenschlicher Behandlung gefangener Rotgardisten in Polen hingewiesen wird. Gestützt auf den Bericht des amerikanischen Verbands der christlichen Jugend weist Josse darauf hin, daß die Gebäude in den Kriegsgefangenenlagern sich in einem ganz unmöglichen Zustande befinden. Den Kriegsgefangenen werde Bäuche und Kleidung systematisch abgenommen, die Ernährung sei ungünstig und die festgesetzten Portionsmenge würden in Wirklichkeit nicht ausgegeben. Diese schweren Lebensbedingungen würden noch durch Spott und barbare Körperliche Strafzüchtigungen verschärft. In besonders schwieriger Lage befinden sich die Kommunisten und jüdischen Rotgardisten. Die Regierungen Russlands und der Ukraine könnten fernehin eine solche Behandlung ihrer Bürger nicht dulden und bestanden auf sofortiger Anerkennung der Bedingungen und Beleidigung der Schuldigen in der Lagerverwaltung und umgehenden Mitteilung, welche Maßnahmen zur Beleidigung dieser Menschen getroffen worden seien. Unter Umständen sei die Regierung gezwungen, Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen.

England wieder vor einem Eisenbahneraufstand?

D.A. London, 17. Januar. Wie der "Daily Herald" meldet, hat der Vorsitzende der englischen Eisenbahnervereinigung infolge der Drohung der Eisenbahnergesellschaften, falls die Bedeutung der Bahn bei den Eisenbahnern auf Widerstand stößt, das Personal zu entlassen, seinerseits den allgemeinen Aufruhr angekündigt. Am 18. Januar wird eine Abstimmung über den Aufruhr erfolgen. Die Regierung ist bereits zur Verteidigung des Streikjelles angerufen worden.

Die englisch-schwedische Nordseefahrt.

K.P. London, 17. Januar. Die schwedischen Vertreter zur Verbreitung des Plans eines schwedisch-englischen Nordseefahrten sind in London eingetroffen. Sie sollen anbieten, daß die schwedische Regierung 10 Proz. Zinsen für eine bestimmte Reihe von Jahren gewähren will, wenn die englische das notwendige Anfangskapital gewähren will. Die Einzahlungshöhen werden auf rund 10 Mill. Pfund geschätzt. Die Flotte soll aus sechs Bootseinheiten von 13.000 t von 18 Knoten für je 50 Passagiere bestehen und zwischen Gothenburg und Hull oder Birmingham verkehren in täglicher Dienst.

longjähriger Assistent Kindeslehr am Würzburger Patholog. Institut. Ebenda erhielt er 1897 die venia legendi und später den Titel und Rang eines o. o. Professors. Michaelis 1904 folgte Vorst einem Ause an die neugegründete Akademie für praktische Medizin in Köln als ordentlicher Professor und erhielt gleichzeitig die Ernennung zum o. o. Honorarprofessor in Bonn, 1905 wurde er Nachfolger in Göttingen, 1907 Nachfolger Michaelis in Würzburg und 1910 Nachfolger Otto v. Hollingers in München. Sein Hauptwerk „Lehrbuch von den Geschwülsten“, zwei Bände mit einem mikroskopischen Atlas, erregte in Fachkreisen Aufsehen und fand allgemeine Anerkennung. Eine seiner experimentellen Arbeiten „Über Regenerationsfähigkeit des Gehirnes“ erhielt bei der internationalen Konkurrenz um den Preisauszeichnung in Boston den vollen Preis zuerkannt.

— Hk. Aus der Ferdinand H. Mörsel-Stiftung zur Bekämpfung der Krebskrankheit ein Beitrag von 10.000 M. als Preis dem Verfasser derjenigen Arbeit zufließen, die auf dem Gebiete der Autologie oder der Diagnostik oder der Therapie der bösartigen Geschwülste einen bedeutenden Fortschritt darstellt und in dieser Hinsicht als die beste zu betrachten ist. Für die Bewerbung kommen Arbeiten in Betracht, die von Zeitpunkt dieses Ausschreibens ab bis zum 1. Oktober 1922 entweder in Druck erschienen sind oder bis zum legtigen Zeitpunkt in deutscher Sprache im druck fertigen Manuskript vorliegen. Ist außer der preisgekennzeichneten Arbeit noch eine weitere von wesentlicher Bedeutung zu erzielen, so kann ihrem Verfasser ein zweiter Preis von 5000 M. zuerkannt werden. Bewerbungen unter Vorlage des gedruckten oder druck fertigen Arbeit sind bis zum 1. Oktober 1922 an das Direktorium des Instituts für experimentelle Krebsforschung in Heidelberg einzureichen.

— Um die so notwendige körperliche Erholung unseres Volkes zu fördern, ist in Bayern ein Landesausschuss für hygienische Vollzugs- befehlung gegründet worden. Er setzt sich aus ersten Kräften zusammen und will gesundheitliches Wissen verbreiten, damit der Einzelne lernt, sich vor Krankheiten zu schützen. Unterricht in den Schulen, Vorträge, Werbläuter, belebende Filme, Paläte, Ausstellungen, Mitteilungen in der Presse usw., alles soll plausibel in den Dienst der Sache gestellt werden. Auch die katholische Kirche, die in Bayern so wichtig ist, arbeitet in diesem Auschuss mit.

Literatur. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: August Strindbergs „Glockspeler“ brachte bei seinem ersten deutschen Aufführung im Schauspielhaus dem Ingenieur Richard Weicker einen großen Meisterfolg. Die Dichtung führt in neun Bühnenbildern durch Menschenleben und zeitgleich zum Schluss in ungewohnt breiter Sentimentalität.

— Aus Karlsruhe wird berichtet: „Der Freispruch“, eine dramatische Dichtung des Mannheimer Schriftstellers Fritz Droop erlebt im Badischen Landestheater seine Uraufführung. Fritz Droop hat den Schwerpunkt seines Werkes nicht in einer dramatisch stark zugesetzte oder gar theatralische Handlung gelegt, sondern in den Kampf der Seelen, in das Mischen zwischen gut und böse. Vorüber ist ist aber Droops Dichtung ein Höhepunkt auf die Mutterliebe. Hier findet Droop „seine schönsten, innigsten und wahren Worte“. Die Mutterhalt spricht mühende Worte zu unserer Zeit, zur Erweckung reiner Gewissheit und Menschenliebe. Der Dichter schaut in ihr aber auch zugleich die Mutterin und das verschönende Element zwischen Müttern und Söhnen und er schlägt hier Gedanken auf, lädt Mütterlichkeit ein, die erschüttern müssen, weil sie aus dem ursprünglichsten Horn des Lebens geschäkt sind. Vodo erkennt im Segen zu seinem Bruder, die Mutterkraft, die alles hingebende Mutterkraft, die er zu erringen sucht. So schreibt er auch nicht vor dem Menschenrecht gegen den Verfasser seiner Mutter zurück, der zugleich der Träger satanischer Kräfte ist, die den jungen Menschen verfolgen. Diese Doppelbelastung gibt ihm das Recht, sich selbst den Freispruch zu sprechen, in dem Augenblide, als er von dem Stahl des eisernen Bruders getroffen niedergestürzt.

Theater. Aus Berlin wird gemeldet: Das Theater des Westens bringt demnächst die Operette „Schwalbenhochzeit“ von Bordet-Rilo, Musik von Leon Jessel zur Aufführung.

Theater. Aus Hirschberg i. Sch. schreibt man und: Unser Stadttheater stand vor einer schweren finanziellen Krise, die nunmehr behoben worden ist. Direktor Alfred Richter schafft, das frühere Mitglied des Dresdner Schauspielhauses, hatte dem Magistrat eine Reihe von Sammlungsvorschlägen gemacht, die von der Stadtverordnetenversammlung angenommen worden sind, und zwar hauptsächlich auf Grund der her vorragenden künstlerischen Leistungen unter der diesjährigen Direktion. Es wird weiterhin eine Vereinigung des Stadttheaters in Hirschberg mit den Stadttheatern in Radebeul und Landsberg und dem Kurtheater in Wittenberg angestrebt.

— Aus Wien berichtet man: Die obersten Behörden haben zu den Abmachungen der Staatsoper und der Verwaltung mit Mag. Reinhardi ihre Zustimmung erteilt. Über die ersten Regiearbeiten Reinhardis, der seine Tätigkeit schon in nächster Zeit aufnehmen wird, wurden noch keine endgültigen Beschlüsse gefasst, da man den Planen des neuen Burghauptheiters Wolfgang nicht vorgelesen will. Werner hat die Staatsoper und mit der Leitung des Opernballs auf bestens.

Wissenschaft und Kunst.

Dresden, 18. Januar.

Wissenschaft und Technik. Hk. Aus Leipzig schreibt man uns: Zum Nachfolger des Geh. Rats Prof. P. Zweig im Ordinariat der Gewerbeakademie und Gynäkologie, sowie in der Leitung der Frauenklinik der Landesuniversität ist Geh. Medizinalrat Dr. med. Walter Stoeckel von der Universität Kiel in Aussicht genommen worden; der Lehrstuhl der Thermoatologie an Stelle des zurücktretenen Geh. Medizinalrats R. Boehm wurde dem o. Prof. Dr. med. et phil. Hermann Fähnrich in Königsberg i. Pr. angeboten, und zur Übernahme des Lehrstuhles der allgemeinen Pathologie und pathologischen Anatomie ist ein Ruf an Prof. Dr. Max Voigt in München ergangen. Scheinbar Stoeckel, ein geborener Oberschlesier, begann seine akademische Laufbahn 1903 als Privatdozent in Erlangen, wo er eine Oberarztstelle bei Prof. Voigt bekleidete. Später kam er nach Berlin, wo hier Oberarzt bei Prof. Bumm, erhielt 1905 das Prädikat Professor, siedelte zwei Jahre später als Ordinarius nach Greifswald an Stelle von L. Martin über, bald darauf nach Marburg als Nachfolger von Ahlsdorf und 1910 nach Kiel als Nachfolger von Franz. Berusungen nach Köln, Tübingen und Halle hat der Gelehrte, geboren 1870 in Pforzheim (Baden), Schüler der Pathologen Schmiedeberg (Straßburg) und H. H. Meyer (Bonn), habilitierte sich im Jahre 1907 in Freiburg i. Br., wo er lange Jahre eine Assistentenstelle am pharm. Institut bei Prof. Straub bekleidete. Hier erhielt Fähnrich den Titel eines o. o. Professors und siedelte 1910 nach Königsberg als Nachfolger A. Klingers über. — Prof. Voigt, der bekannte Pathologe, ein geborener Würzburger (1869), war Schüler und

Die bevorstehende Besprechung des obersten Rates.

Paris, 17. Januar. Nach einer Meldung des „Intimesseam“ werden an der bevorstehenden Besprechung des Obersten Rates für Frankreich Briand, Doumer, Doumer und Berthelot teilnehmen.

Antibolschewistische Bewegung in Kiew.

Paris, 17. Januar. Wie Havas aus Athen meldet, ist nach der Agence Russie-Union in Kiew eine große antibolschewistische Bewegung ausgebrochen. Neuernde Soldaten der russischen Armee, denen sich Arbeiter und Schindohner anschlossen, bemächtigten sich überraschend des Arsenals und der umliegenden Stadtteile. Kein weiterer Vorwurf kam es zu heftigen Kämpfen mit den Sowjets, die sich auf die ihnen treu gebliebenen Truppen stützen. Die Sowjetkommissare flüchten nach Bachmutsk. Noch vor Kiew werden sie die eilig aus Moskau herbeigeführten Verbündeten abwarten, um die Lage wieder herzustellen.

Die weißrussische Sowjetrepublik.

Riga, 17. Januar. Von russischer Seite wird die Proklamation der weißrussischen Sowjetrepublik angekündigt. Die Republik soll u. a. die Beziehungen mit Weißrussland und einheitlichen und ein Bundesstaat Sowjetrußlands werden.

Zusammenkunft der russischen Bolschewistenshüter.

Paris, 17. Januar. Havas verbreitete eine Meldung der Agence Russie-Union, wonach am 12. d. M. in Moskau eine bedeutende Konferenz stattgefunden haben soll, an der Trotzki, Tschischtschin, Kallinin und andere Bolschewistenshüter teilgenommen hätten. Die Besprechung habe sich um die Rahmenabreden gedreht, die ergriffen werden sollen, um die antibolschewistische Bewegung einzudämmen, deren Fortschritt im Innern Rußlands die Sowjetregierung stark beunruhigt. Die gesuchten Beschlüsse wurden streng gehemmt gehalten.

Die neue sozialistische Partei in Norwegen.

Christiania, 17. Januar. Der gestrige Beschluss der Landeskonferenz der sozialdemokratischen Oppositionsgruppe, eine neue sozialistische Partei zu bilden, bedeutet, dass die norwegischen Kommunisten ihre Macht verlieren. Die Anhänger Rostaus hatten die Führung der alten norwegischen Sozialistengruppe, trotzdem sie in der Minorität waren. Die bekannten norwegischen Sozialistenshüter haben sich der neuen Partei angeschlossen.

Die auswärtige Politik Italiens.

Rom, 16. Januar. „Corriere d'Italia“ meldet: Im gestrigen Ministrertreffen hat Graf Sforza eingehend über die von Italien zu befürdende auswärtige Politik berichtet. Dabei wies er auf die Gefahr hin, die sich aus der Lage im Orient ergeben könnte. Unter voller Billigung des gesamten Kabinetts betonte er, dass Italien sich im Oberschenkel und überall sonst bemühen werde, jede Gefahr abzuwehren, die den Frieden bedrohen könnte. Ferner hob er hervor, dass allen Völkern die Möglichkeit geboten werden müsse, sich zu entwindeln. Die Unterdrückung eines Volkes zugunsten eines anderen würde die verschiedenen Gruppen von Unruhen und vor allem die nation-

alen Bewegungen verstärken. „Tribuna“ berichtet, Schatzminister Nieda habe sich auf Wunsch Giolittis entschlossen, mindestens so lange auf seinem Posten zu bleiben, bis der Gesetzenvorschlag über die Erhöhung der Stotpreise vom Parlament genehmigt sei.

Das Scheitern der griechischen Offensive in Kleinasien.

DA. Paris, 17. Januar.

Wie Havas aus Athen meldet, ist die griechische Offensive in Kleinasien allem Anschein nach als gescheitert anzusehen. Neuernde Soldaten der türkischen Armee, denen sich Arbeiter und Schindohner anschlossen, bemächtigten sich überraschend des Arsenals und der umliegenden Stadtteile. Kein weiterer Vorwurf kam es zu heftigen Kämpfen mit den Sowjets, die sich auf die ihnen treu gebliebenen Truppen stützen. Die Sowjetkommissare flüchten nach Bachmutsk. Noch vor Kiew werden sie die eilig aus Moskau herbeigeführten Verbündeten abwarten, um die Lage wieder herzustellen.

Amerikanische Stimmen zur Wettbewerbsfrage.

K. P. Washington, 17. Januar.

Bei den vertraulichen Beziehungen des Besitzers der „Washington Post“ zu Harding ist es von Bedeutung, dass dies Blatt von einer Einschätzung der Flottenrüstungen nichts wissen will, sondern die Durchführung des Programms von 1916 verlangt. Das Wort Hardings, dass die Vereinigten Staaten die mächtigste Flotte der Welt haben müssten, finde ein Echo bei der großen Mehrheit des Volkes. In drei Jahren, wenn das Sternenbanner über der durchdrücklichen Flotte wehe, die jedoch dem Wasser geschwommen sei, erst dann könne Amerika wohl zu einer Belehrung der Flottenrüstungen die Hand reichen. Generalmajor Losler Biss, der frühere militärische Vertreter der Vereinigten Staaten im Überseeischen Kriegsrat, hat sich für eine Abrüstung der Landstreitkräfte ausgesprochen. Dann mache es nicht viel Unterschied, wieviel Kriegsschiffe sich auf See befinden, da eine Marine ohne Heer keine Eroberungen machen kann, und die Kosten der Marine seien klein im Vergleich zu denen des Heeres. Wenn man aber mit der Abrüstung der Marine beginnen wolle, dann solle man England und Japan zu verstehen geben, dass, wenn sie nicht einwilligen, dann das Weltkrieger aufnehmen würden. Wenn die Welt in Waffen stehen sollte, möchten die Anderen wissen, dass die Amerikaner am besten bewaffnet zu sein gedenken.

Von der Synode.

Nachdem Vizepräsident Dr. Kleemann (Strehla) im Gebet der heute vor 50 Jahren erfolgten Reichsgründung gedacht hatte, berichtete Synodal-Präsident Oberstleutnant D. Cordes (Leipzig) über die Zusammenstellung der in der Einheitsversammlung der ersten Lestung gefassten Beschlüsse zum Entwurf der neuen Reichsverordnung, die gemäß dem Beschluss der Synode vom 4. Dezember 1920 vom Reichstag ausdrücklich in Gemeinschaft mit dem Reichsverteiler in der Zwischenzeit vorgenommen und in der frisch erschienenen Drucksache Nr. 29 niedergelegt worden ist. Es wurde einstimmig beschlossen, diese Zusammenstellung in Drucksache Nr. 29 als Grundlage für die Veranlagungen der zweiten Lestung zu nehmen. Darauf erfolgte die seinerzeit aufgestobene Schlussabstimmung über den gekündigten Entwurf nach den Beschlüssen der ersten Versammlung. Nachdem in kurzen Er-

örternungen: Syn. Geh. Hofrat Prof. Dr. Schultheiß Leipzig seine und seiner Freunde ablehnende Haltung, die Syn. Staatsminister a. D. Eggersen Dr. Schröder-Dresden und Kreishauptmann v. Rositz-Wallwitz-Baumhagen ihre und ihrer Freunde zustimmende Haltung motiviert hatten, wurde der Entwurf nach den Beschlüssen dieser Versammlung mit 54 gegen 26 Stimmen angenommen. Die zweite Versammlung des Entwurfs wird in der morgen, Mittwoch, vormittags 10 Uhr stattfinden.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 18. Januar.

* Der Rektor und Senat der Technischen und Militärischen Hochschule veranstalteten heute mittag aus Anlass des 50-jährigen Reichsgründungstages einen feierlichen Gestaltungs- im großen Saale des Städtischen Ausstellungspalastes. Neben den Professoren und Dozenten der beiden Dresden Hochschulen war selbstverständlich auch die akademische Jugend zahlreich vertreten und die einzelnen Korporationen halten Fahnenabordnungen entstanden.

Nachdem die Ouvertüre zur Oper „Coriolan“ von Beethoven verklungen war, hielt Dr. Geh. Hofrat Prof. Dr. Geß die Festrede. Er betonte einleitend, dass die Anregung, den 18. Januar feierlich zu begehen, von der Studentenschaft ausgegangen sei. Trotz der schweren Sorgen der Gegenwart hätten wir Deutschen allen Anlass, den heutigen Tag vor den anderen herauszuhaben und der ruhige und glorreiche Zeit vor 50 Jahren ehrend zu gedenken. Der Redner sprach dann die Bekündung des deutschen Kaiserreiches und die damit zusammenhängenden politischen Vorgänge. Heute sei der Gegenjahr zu damals fast zu groß, als dass man einen Vergleich zwischen damals und heute ziehen könnte. Und dennoch dürfen wir die Zuversicht auf Deutschlands Wiederherstellung nicht verlieren. Unser Vaterland könne aber dann erst wieder gefunden, wenn das moralische und seelische Leben des deutschen Volkes wieder gehoben würde. Nachdem der lebhafte akademische Beifall verklungen war, sprach Se. Majestätsrat der Ex. Rektor Geh. Hofrat Prof. Dr. Dötscher. Zwei Lichtgestalten seien es auch heute noch, welche die Wiederauferstehung in damaliger Zeit auf sich lenken, der greise König Wilhelm I. und Fürst Otto v. Bismarck, der eigentliche Gründer des Reiches. Niemand habe nach Bismarcks Tode wohl so recht empfunden, was für ein herrliches Erbe er uns hinterlassen habe. Erst der unglückliche Weltkrieg habe uns dies empfunden lassen. Erst dann, wenn Arbeitsbereitschaft und Ehrgesinnung wieder in uns erwacht sei, könnten wir die jüngste Macht, die auf dem deutschen Volke ruhe, verabschieden. Die Kraft, die wir zum Wiederaufstieg brauchen, sei noch nicht verloren. Im Vertrauen auf die Kraft der deutschen Jugend müssen wir uns trösten. Mit dem gemeinsamen Gesange des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ wurde die Sammungswelle Feier abgeschlossen.

* Die Reichsgründungsfeier der Deutschen Soldatschule am Montag abend im großen Saale des Städtischen Ausstellungspalastes wies eine so starke Beteiligung auf, dass Hunderte mit einem Stehplatz fürsich nehmen mussten. Nach einer Begrüßungsansprache des Hrn. Reichsbauwartin Dr. Geß Kaiser hielt Dr. Reichsflaggenabordneter Dr. Erbsterling die Gedanken. Einleitend rief er Erinnerungen an die Ereignisse des geschichtlich denkwürdigen Tages vor 50 Jahren nach und sandte schmückend Bewegte Worte um das, was uns der unglückliche Ausgang des Weltkrieges und der Vaunstich von Versailles raubte. Im weiteren

rief der Redner auf zu deutscher Einigkeit, Brüderlichkeit, Innerlichkeit und Glaubensstrafe, zur Treue, Verständigung und sozialen Beschämung aller deutschen Stämme. Mit der Mahnung zur erneuten Hingabe an die alten bewährten deutschen Gewohnheiten, an all das Schöne, was deutscher Idealismus umfasst, hoffend auf die heranwachsende deutsche Jugend, schloss der Sprecher seine inhaltlichen Ausführungen, denen sich der allgemeine Gesang der Nationalhymne anschloss. Außer Darbietungen des Dresden Kongressorchesters (Vorstellung: Reg. Musikdirektor Heitereis) und des von Hen. Musikdirektor Fuchs-Jesius geführten Gefangenvereins einer Stabschreiberbeamten sowie des reichhaltigen Programms läusterliche Gaben von Frau Charlotte Bries-Kimpel, Kammerjägerin Bäsel, Mitglieder der Staatsoper, und des Hrn. Direktor Willi (Regulation) auf. Dem Geist und der Stimmung des Abends trugen auch die von Hr. Dr. Höbler und Hrn. Elsner namens der Jugendgruppe der Deutschen Volkspartei gehaltenen Auftritte Bedeutung. Mehrere Musizierabteilungen endeten die von hoher Begeisterung getragene Veranstaltung.

* Generalmajor v. Jochum ist am Sonntag auf seiner Besitzung, Schloss Albrechtsberg, im Alter von 55 Jahren an den Folgen eines im Felde sich zugezogenen Leidens gestorben. Er wurde am 18. Januar 1866 in Dresden als Sohn des Generalleutnants und Stadtcommandanten v. Jochum geboren und bekam seine militärische Laufbahn beim 2. Grenadierregiment Nr. 101, bei dem er bis zum Hauptmann avancierte. Dann wurde er in den Generalstab versetzt und war längere Jahre persönlicher Adjutant des damaligen Kronprinzen und späteren Königs Friedrich August. Als Kommandeur des 102. Infanterieregiments im Rittau zog er bei Ausbruch des Krieges mit ins Feld. Neben zahlreichen anderen hohen Kriegsorden besaß er auch das Kommandeurkreuz des Militär-Heinrichs-Ordens.

* Gegen eine Zwangseingemeindung der weissrussischen Orte hatte sich eine gestern Montag unter dem Vorsitz des Amtsbaumeisters Dr. Lempe statigfunden Versammlung des Gemeindevertretertertages der Amtsbaumeisterschaft Dresden-Nordstadt einstimmig ausgesprochen.

* Die Güteklausur der von der Stadt ausgegebenen Güteklinke über 50 Pf., deren Ablauf für den 31. Dezember 1920 vorgesehen war, ist mit Genehmigung des Wirtschaftsministeriums bis zum 30. September 1921 verlängert worden.

* In den häuslichen Solitärbädern ist seit einigen Wochen ein ganz bedeutendes Ansteigen der Beliebtheit zu beobachten. Um dem gestiegenen Bedürfnis Rechnung zu tragen, soll zunächst das erste häusliche Volksbad im „Vännchen“ (Annenstraße 33) von Montag, den 24. Januar, ab täglich (außer Sonnabend) geöffnet werden; die tägliche Öffnung der übrigen Bäder soll zu gegebener Zeit ebenfalls erfolgen. Die Badezeiten werden vorher noch bekanntgegeben. Der Preis für ein Brausebad von 20 Minuten Dauer ist 50 Pf., für ein Wannenbad von 30 Minuten Dauer 1,25 M. Die Bäder befinden sich an folgenden Orten: 1. Altstadt: Annenstraße 33, gegenüber der Annenkirche; 2. Johannstadt: Annenstraße 9, im Hause der Wohlhaberpolizei; 3. Löbtau: Badweg 1, nahe Bismarckstraße und Wallstraße; 4. Friederickstadt: Hohenholzplatz, Ecke Vorwerkstraße, am Friederickstädter Kaufhaus; 5. Reitz: Friederickstädter Straße 4, bei Gärtnereibesitzer Reitz; 6. Tolkewitz: Schömilchstraße 2, am Elstergäßchen, gegenüber dem Krematorium.

Niedersachsen. (Anna R. Hardorff.) Mit Wilhelm Scholz am Flügel stellte sich gestern in der aus Berlin kommenden Konzertgeisterin eine in Erscheinung, Stummelbesuch, gesanglicher Kultur und Vortragsbegleitung Aufmarsch auf höhere Wertheinschätzung erhebende Niedertänzerin vor. Man hat hier vor allem eine Stimme vor sich, der nicht gewöhnliche Eigenschaften, was Klänge, Ergebung und Umfang anlangt, zu erwecken sind. Man könnte, wenn man an Bühnengesang denkt, von einem dramatischen Sopran sprechen. Anfänglich, in den Schubertliedern, gelang gesangstechnisch noch manches nicht nach Wunsch. Grauwige Hemmungen wurden die himmlische Wirkung beeinträchtigend empfunden, und auch die Aussprache ließ zu wünschen abrügen. Dann bei Brahms, nach besserem Eindringen gewann man eingeteilte Fähigung mit der Sängerin dank der dramatischen Belebung des Vortrags. Nur der Humor („Wie kann ich dann die Pois essen“) wollte sich nicht einstellen, und er blieb auch bei Strauss („Das gestalt - bleibt's nicht dabei“) aus. Aber mit recht überzeugender Wärme vorgetragen hätte man dessen „Befreiit“. Kurz, der günstige Eindruck festigte sich mehr und mehr. Erich W. Korngold machte mit zwei Liedern zwischen Strauss und dem Abend schlendenden Hugo Wolf keine gute Figur. Sie bewegen sich im gefangenen Ausdruck in den Linien des Landläufigen, um nicht zu sagen Banalen, und die kleinen Klangspielereien in der Klavierbegleitung des ersten der beiden Bilder („Das Heldengrab am Bruch“) zeigen nur, wie vergänglich derartige Effekte zu sein pflegen, in denen man eine einfache modernistische Erträglichkeit erblickte. Dass die Sängerin eine sympathische Aufnahme fand, wird man gern feststellen. O. S.

* Dem Ausschuss für geistige Interessen der Studentenschaft der Technischen Hochschule zu Dresden war es gelungen, für gestern abend den Prof. Dr. Albert Einstein, Berlin, zu einem Vortrag über „Die Relativitätstheorie“ zu gewinnen. Der große Saal war bis in die

obersten Ränge dicht gefüllt, meist wohl von Studierenden und Betreuern der Wissenschaft, aber auch von Damen. Leider war der berühmte Gelehrte am Berichterstattungsschreiber nicht anwesend, sodass es schwer war, seinen wissenschaftlichen Ausführungen zu folgen. Wir müssen uns daher auf einige wenige Andeutungen über die Grundlagen seiner Lehre befrüchten. Herausgehoben sei, dass er in rein objektiver Weise sprach, sich jeder Polemik enthielt und nur seine Theorie entwölkte. Er sprach ihre beiden Teile, die spezielle Relativitätstheorie und die allgemeine Relativitätstheorie. Die spezielle Relativitätstheorie gilt für die gleichförmige Bewegung. Er ging auf von der Galileischen und Newtonschen Mechanik. Für diese gilt das sogenannte Relativitätsprinzip. Die mechanischen Vorgänge laufen in derselben Weise ab, ob wir sie auf ein Bezugssystem oder ein anderes beziehen. Dieses Relativitätsprinzip der „klassischen Mechanik“ ist aber mit der Vorstellung eines absoluten Raumes, den Newton annahm, schwer vereinbar. Es gilt auch nicht in Bezug auf die Lichtausbreitung. Der Lichtstrahl pflanzt sich im leeren Raum mit einer Geschwindigkeit fort, die unabhängig vom Bezugssystem oder ein anderes beziehen. Dieses Relativitätsprinzip der „klassischen Mechanik“ ist aber mit der Vorstellung eines absoluten Raumes, den Newton annahm, schwer vereinbar. Es gilt auch nicht in Bezug auf die Lichtausbreitung. Der Lichtstrahl pflanzt sich im leeren Raum mit einer Geschwindigkeit fort, die unabhängig vom Bezugssystem oder ein anderes beziehen.

Beobachters abhängig. Raum, Zeit und Masse sind relativ.

In einigen kurzen Ausführungen über die allgemeine Relativitätstheorie stießte Prof. Dr. Einstein seine und seiner Freunde ablehnende Haltung, die Syn. Staatsminister a. D. Eggersen Dr. Schröder-Dresden und Kreishauptmann v. Rositz-Wallwitz-Baumhagen ihre und ihrer Freunde zustimmende Haltung motiviert hatten, wurde der Entwurf nach den Beschlüssen dieser Versammlung mit 54 gegen 26 Stimmen angenommen.

Die zweite Versammlung des Entwurfs wird in der morgen, Mittwoch, vormittags 10 Uhr stattfinden.

Wittenberg, Januar — Olga Fuchs, Tempelhütter — Tom Bartsch, Heros Elter — Rudolf Schröder, Kuno Fritze. Spielzeitung: Berthold Bierlein.

Morgen, Mittwoch, Palmengarten Konzert der beliebten Pianistin Helene Zimmermann mit dem ersten Soloisten der Berliner Philharmonie, Alexander Troppeller.

* Im Literarischen Verein spricht morgen, Mittwoch, Prof. Dr. Richard Köpisch über das Thema „Aus der Geschichte des deutschen Männergesanges“.

* Der Oberh. König-Ahnd, den die Vereinigung „Freunde deutscher Kunst“ aus Anlass des 60. Geburtstages des Dichters morgen, Mittwoch, abends 1/2 Uhr im kleinen Saal der Kaufmannschaft veranstaltet, gibt den schönen Geistlichen Dresden Gelegenheit, ein getreues Bild über Wesenart und Schöpfungen des studirbaren Dichters zu gewinnen. Karten bei Bierlein.

* „Karlens“ (Karl Ettlinger) 2. Auflage wird morgen Sonnabend, den 5., und Sonntag, den 6. Februar im Künsterhaus statt. (Karten bei Zimmermann.)

* Volkshochschule. Mittwoch, 19. Januar, abends 8 Uhr, beginnt Oberbaurat Dr. Emil Schöne in der 9. Volksschule, Georgplatz, Zimmer 55, die dritte Reihe seiner Vorlesungen über wissenschaftliche Grundlagen für die Bildung einer politischen Weltanschauung. Er behandelt zunächst in 10 Vorlesungen die Lebensformen, die den Menschen über das Tier erheben: Natur, Religion, Siedlung, Berufe und Wirtschaft. Bei genügender Beteiligung werden für die Hörer der freiliegenden Vorlesungen fünf Befreiungsbabende eingerichtet, in denen die politisch-geographischen Grundlagen für die Weltmacht England erörtert werden sollen. Karten in der Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Zimmer 44.

* Richard Grünwald, ein berühmter Vertreter des Bläser- und Streichmelodionspiels, will am 21. Januar abends 1/2 Uhr im Kaufmannschaftssaal den Beweis erbringen, dass die Bläser sowohl wie das Streichmelodion (Violoncello) es wagen können, in einem Wettkampf einzutreten mit den andern als sonderbar geltenden Instrumenten. (Karten bei Bierlein.)

* Im Sarraiani-Programm erscheint nun mehr der tollkühne Schleierjäger Diavolo. Damit erlebt Dresden eine Sensation, wie sie die sächsische Welt seit länger als einem Jahrzehnt nicht mehr gesehen hat. Dieser verwegen und interessante Art, eine Höchstleistung der Kritik, wird nur ganz wenige Tage zu leben sein, da Diavolo bereits gegen Monatende in das Berliner Sarraiani-Unternehmen überstiegen wird.

Sächsische Angelegenheiten.

Achtung Auswanderer!

Immer wieder laufen Klagen ein, daß Auswanderer gewissenlosen Agenten zum Opfer seien, und meist werden notwendige Ausläufe und Informationen erst dann eingefordert, wenn der Auswanderer sein Geld bereits verloren hat. Die Hamburger Auswandererhilfe e. V., Hamburg, Jungfernstieg 30, ein gänzlich unvergessliches Unternehmen, ist gern bereit, unentgeltlich allen Auswanderern sachkundig Rat zu geben und aus maßgebenden amtlichen Quellen Auskunft zu erhalten über Auswanderungsziele und deren wirtschaftliche Verhältnisse und Ansiedlungsmöglichkeiten.

Sächsischer Landessiedlertag.

Der erste sächsische Landessiedlertag wird für den 29. u. 30. d. M. wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, von der Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegersiedlungen e. V. (Geschäftsstelle: Dresden, Gohliserstraße 6, II.) nach Dresden (Saal des "Konzerthauses") einberufen. Am Sonnabend ist die nichtöffentliche Hauptversammlung des Kriegersiedlerverbandes. Abends 8 Uhr findet ein öffentlicher Lichtbildvortrag aus Anlaß der Deutschen Lehmbauausstellung, veranstaltet vom Ausschuss zur Förderung der Lehmbarweise, in der Aula der Technischen Hochschule (Bismarckplatz) statt. Dr. Architekt Guzzetti-Dresden spricht über "Die Möglichkeiten des Lehmbaus". Die Tagung wird dann am Sonntag vormittags 9 Uhr im Saal des "Konzerthauses" fortgesetzt. Zunächst wird der Vorstand der Freien Arbeitsgemeinschaft für Kriegersiedlungen e. V., Dr. Hanns Hoff Kreis-Dresden, einen Bericht geben über "Die Organisation der Siedler, ihre Erfahrungen und Erfolge". Danach folgen zwei Vorträge. Dr. Oberregierungsrat Dr. Ritsch, erster Geschäftsführer der Landessiedlungsgesellschaft "Sächsisches Heim", Dresden, spricht über den "Aufbau des Siedlungswerkes in Sachsen". Dr. Regierungsbaurat Dr. Kruschnich, Leiter der "Sächsischen Zentralstelle für Wohnungsfürsorge" und erster Geschäftsführer der "Siedlungsgesellschaft Dresden Stadt und Land" spricht über den "Genossenschaftsbau in Siedlungswesen". Nach den Vorträgen ist eine allgemeine Aussprache mit Erledigung etwaiger praktischer Anfragen. Der erste Landessiedlertag bei unterzeichneten Verhandlungen steht im Zeichen der Ausstellung der Bevölkerung über grundlegende Fragen des Heimstätten-Bau- und Wohnungswesens und der Verwirklichung des Kriegersiedlungsgedankens. Immer wieder muß

die Erfahrung gemacht werden, daß selbst Behörden und Fachleute in Sachsen nicht genügend unterrichtet sind über die gesetzliche und praktische Organisation des Siedlungswesens in Sachsen und deshalb an sie herangetretene Siedlungslustige gar nicht oder nicht ausreichend beraten und aufklären können. Durch die Vortragveranstaltung soll allen interessierten Behörden, Körperschaften und Einzelpersonen Gelegenheit gegeben werden, sich ernst auf dem Siedlungsgebiet vertraut zu machen.

WSL Leipzig. Die deutsche Armaturenindustrie beschäftigt nach dem Vorbilde der Werkzeugindustrie von der nächsten Frühjahrsmesse ihr Wettbewerb mit einer Branchenausstellung zu veranstalten. Vom Gesamtverbande der deutschen Armaturenindustrie ist die Doppelhalle 12/13 auf dem städtischen Ausstellungsgelände im Rahmen der Technischen und Baumesse bereit für die diesjährige Frühjahrsmesse belegt worden. Die Ausstellung wird besonders für die zu erhoffende Wiedereraufnahme der Bautätigkeit viel interessantes bringen.

Der Aufstand in der Zill-Innung hat sich über ganz Sachsen ausgedehnt. Die Verhandlungen haben sich zerschlagen. Da der Schiedspruch von den Arbeitgebern abgelehnt wurde, ist nunmehr die Angelegenheit dem Demobilisationskommissar vorgelegt worden, der den Schiedspruch für ganz Sachsen als verbindlich erklärt soll.

Zwickau. Es sind Bestrebungen im Gange, das bisherige Stadthaus in ein Städtebundtheater unter Einschluß der Städte Werda, Grimmaischau, Glauchau, Meerane und Reichenbach umzuwandeln. Blaues L. S. Für besonders begabte Volksschüler sollen zu Ostern eigens errichtete Sprachklasse mit dem Ziel der Realstudien eröffnet werden. Der Unterricht ist unentgeltlich.

Hohenstein-Ernstthal. Infolge der geringen Kohlenzuweisungen muß hier die elektrische und Gasbeleuchtung in allen Betriebsgeschäften um 6 Uhr abends eingestellt werden.

Werdau. Wegen Arbeitsniederlegung der Scher- und Bruder konnten die Werdauer Zeitungen am Sonnabend nicht erscheinen.

Pirna. Zu der am 30. Januar hier stattfindenden Stadtverordnetenwahl sind sechs Wahlgemeinden eingereicht worden.

Herold i. S. Die Arbeiter des Metall- und Marmortriebes sind nach gescheiterten Tarifverhandlungen in den Aufstand getreten.

Görlitz. Mit über 100 Mitgliedern gründete sich auf Beschlusshaltung des hiesigen Stadtrates eine Baumgenossenschaft.

Freiberg. Auf die vom Bürgerausschuß der Stadt Freiberg beim Wahlkommission erhobenen Einprüfung ist nunmehr den Studierenden der Bergakademie durch Ratsbeschuß das Wahlrecht für die Stadtvorstandswahlen zugestanden worden.

Glauchau. Die Bürgerärtze von Glauchau, Hohenstein-Ernstthal, Meerane haben sich nunmehr zu einem Bezirkssouverän für die Amtshauptmannschaft Glauchau, Sip. Glauchau, zusammen geschlossen. Die Organisation erstreckt sich nicht

nur über die Städte, sondern auch über die ländlichen Gebiete.

Weiden. Infolge Streitigkeiten über den Holzabschlag ist das gesamte technische Personal des "Weidner Tagebautes" in den Streik getreten. Infolgedessen konnte die Sonntagsnummer des Blattes nur stark verkürzt erscheinen.

Zittau. Die Stadtvorstände bewilligten 236 000 M. zum Bau von Wohnungen im 3. Obergeschossh der Wandauferne, wodurch 13 Kleinwohnungen gewonnen werden.

hr. Borsdorff Dr. Bernhard Schieber-Dresden. Eine Rückzahlung dieser Vorzugskonten zu 120 % ist ab 30. Juni 1920 vorgesehen.

— In der Kanzlei der Hansekammer Dresden, Albrechtstraße 4, liegt während der öffentlichen Geschäftszeit der Bericht der Revisor über die Prüfung des Gründungsberganges der Fährabteilungsgesellschaft Dresden zur Einsichtnahme auf.

Amilicke Berliner Kurie vom 17. Januar 5 %. Deutsche Reichsanleihe 77,50, 4 % Deutsche Reichsanleihe 67,10, 3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe 60,60, 3 % Deutsche Reichsanleihe 64,00, 3 % Sächsische Renten 57,00, Hamburger Postfahrt 189,00, Hama Dampfschiff 312,00, Norddeutscher Lloyd 101,00, Vereinigte Elektrizität 390,00, Bank für Brauindustrie 170,00, Deutsche Bank 323,00, Westfälische Kommandit 247,50, Dresdner Bank 221,50, Leipzig Kreditanstalt 186,00, Deutsche Bierbrauerei 207,00, Böhmisches 521,00, Bergmanns Elektrizität 348,00, Bismarckhütte 640,25, Döbelner Gußhütte 485,00, Cartonagen Loschwitz 480,00, Chem. Herder 429,50, Chemnitz, Zimmermann 295,00, Daimler Motoren 285,00, Deutsche Zugmaschine 349,50, Deutsche Erdöl 232,00, Deutsche Gußstahl 275,00, Deutsche Ton- u. Stein 350,00, Deutsche Zoffen 345,00, Donnersmarckhütte 680,00, Dresdner Gardinen 375,00, Überseebank 425,00, Gesetzlichen Bergwert 360,00, Th. Goldschmidt 750,00, Görlitzer Maschinen 290,00, Görlitzer Waggonfabrik 500,00, Harpen Bergwerk 498,00, Hartmanns Maschinen 345,00, Halper Eisen 225,00, Hillewerke 289,00, Höchster Hütten 425,00, A. Horch & Co. 310,00, Huthenthaler — J. A. John-Athen 306,00, Kahla Porzellan 576,00, Lauchhammer 550,00, Laura Hütte 351,00, Lubitzig 300,00, Ludau & Steffen 311,00, Magdeburg 480,00, Nürnberg Perthes 442,00, Oberleiser Eisenbahnbetrieb 330,00, Überschleier Eisenindustrie 283,50, Pöhlberg Bergwerk 601,00, Blaumetal Spiven —, Hermann Pöge 330,00, Rheinische Metall —, Rosenthal Porzellan 615,00, Sachsenwerk 355,00, Sächs. Kartonagen —, Sächs. Gußhütte —, Sächs. Kammgarn 429,50, Sächs. Webstuhl 469,00, Schubert & Salter 448,00, Fritz Schulz Jr. 405,00, Seif Mühlenbau 264,00, Siemens Glas 575,00, Wandererwerke —, Wester Aktien —, Wunderlich 370,00, Zellstoffverein 350,00.

Berlin, 17. Januar. **Debituratur.**

Telegraphische Num-	17. I.	17. I.	15. I.	15. I.
zahlung auf:	Geld	Geld	Geld	Geld
Golomb ... 100 Gulden	2047,95	2050,05	2209,75	2201,35
Gräfin ... 100 Kronen	1608,90	1201,10	1175,90	1181,30
Schönen ... 100 Kronen	1313,65	1316,25	1429,55	1431,45
Werner ... 100 Kronen	1073,90	1078,10	1148,55	1151,15
Wenzel ... 100 M. 100 Gulden	191,80	193,90	211,40	212,60
Wenzel ... 100 Gulden	975,00	977,00	1043,95	1048,15
Wien ... 100 Kronen	—	—	—	—
Biess (deutsch-lit. abr.) ... 11,48	11,48	11,58	11,77	11,77
Biess ... 100 Kronen	88,53	80,73	81,95	81,95
Biess ... 100 Kronen	10,73	10,73	11,35	11,35
Biess ... 100 Kronen	82,15	82,35	88,40	88,40
Brüder-Münzenberg 100 M. ... 409,55	405,48	420,55	431,45	431,45
Brüder ... 100 Gulden	217,35	217,75	232,35	232,75
Brüder ... 100 Gulden	291,75	293,35	350,70	351,20
Brüder ... 1 Dollar ... 67,43	67,57	68,68	68,88	68,88
Brüder ... 100 Gulden	288,10	288,90	409,55	410,45

Der Nachdruck aus dem Inhalt der Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalausgabe ist Quellenangabe Bedingung.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
Verwaltungsbüro der Rechnungsstätte Müller
in Dresden.

Invalidenfund

Bulletin zur Hebung der wirtschaftlichen Lage
deutscher Invaliden

Dresden, König-Johann-Straße 8.

Familiennotizen.

Verlobt: hr. Dr. med. Martin Beißler, 3. St. in Hamburg, mit fr. Eva Hempel in Dresden; hr. Stadtoberförster Karl Solbrig mit fr. Eva Isabell, verw. Helga geb. Lehmann in Leipzig-Neuburg; hr. Dr. med. Walther Weigel, Assistent a. d. Mediz. Klinik der Universität Leipzig, mit fr. Lotte Schwarz in Leipzig. — Vermählt: hr. Rudolf Knape in Dömmenich mit fr. Charlotte Hofmann in Dresden-A.; hr. Telegraphenbeamter Johannes Schmidt in Dresden-B.; fr. Margarethe Uhlemann in Dresden-Urbigau; hr. Otto Herrlich mit fr. Hanna-Carola Schmidt in Dresden-H.; fr. Dr. jur. Paul Beckmann mit fr. Frieder Bergmann in Dresden. — Gestorben: Frau verm. Oberleutnant Marie Eugenie Schneider geb. Knudt (64 J.) in Hannover; hr. Konditormeister Bruno Windisch (51 J.) in Dresden; hr. Kaufmann Willy Tschendorf (45 J.) in Dresden; hr. Anton Paul Klar, priv. Kaufmann in Dresden; Frau Auguste Hartenstein geb. Tropitsch (76 J.) in Dresden-Klotzsche; hr. Bildhauer Theodor Krichhoff (84 J.) in Kleinmachnow; Frau Minna verm. Sonntag geb. Böhl in Dresden; hr. Helene Elsöbel Bildh. in Dresden; hr. Hermann Hennendorf in Dresden; hr. Curt Langer (43 J.) in Leipzig; hr. Böttcherkreis Olaf Matthes in Leipzig eine Tochter (Hanni, 18 J.).

Für die vielen wohlwollenden Beweise aufrigerter Teilnahme durch Wort, Schrift, Kranzpenden und lebtes Gekrat beim Heimgang meines innig geliebten Gatten, des Herrn Josephine

Franz Schlegel,

Ritter pp.
drängt es mich, meinen herzlichsten Dank
nur hierdurch auszusprechen.

Cunnersdorf bei Königstein (Elbe),
den 17. Januar 1921.

Hulda Schlegel geb. Schönberg.

Jüngerer Verwaltungsgesell

zum sofortigen Antritt freigelegt. In der Erwerbslosenfürsorge und in der Kriegswirtschaftsachen bewanderte Bewerber wollen Gesuche mit Unterlagen bis zum 26. Januar hier einreichen. Befolgsung der erforderlichen Zeugnisse bis zum 29. Januar 1921 bei uns einreichen. Persönliche Vorstellung ist zunächst nicht erwünscht. (R. 9 A. 11)

Leutersdorf O. V. am 17. Januar 1921.

Der Gemeinderat.

Einladung
zum 1. sächsischen Landessiedlertag
am Sonnabend, den 29. u. Sonntag, den 30. Jan. 1921
in Dresden.

Tageordnung. Sonnabend, den 29. Januar:
1. Nachm. 4 Uhr ordentliche Hauptversammlung
f. d. Mitglieder des Verbandes. — 2. Abends 8 Uhr
in der Aula der Tech. Hochschule (Bismarckplatz)
öffentl. Lichtbildvortrag. Architekt Guzzetti-Berlin.

Die Möglichkeit des Lehmbaus, aus Anlaß der Deutschen Lehmbauausstellung veranlagt v. Aus-

schuß zur Förderung der Lehmbauweise.

Sonntag, 30. Januar, im Saal des Dresden Konzerthauses, Reichenstr. 37, vorm. 9 Uhr:

3. Verbandsvorsteher Dr. Hanns Hoff Kreisell-Dresden; Bericht über die Organisation d. Siedler, ihre Erfahrungen und Erfolge. — 4. Oberregierungsrat f. d. M. Mitglieder des Verbandes. — 2. Abends 8 Uhr in der Aula der Tech. Hochschule (Bismarckplatz) öffentl. Lichtbildvortrag. Architekt Guzzetti-Berlin.

Die Möglichkeit des Lehmbaus, aus Anlaß der Deutschen Lehmbauausstellung veranlagt v. Aus-

schuß zur Förderung der Lehmbauweise.

Sonntag, 30. Januar, im Saal des Dresden Konzerthauses, Reichenstr. 37, vorm. 9 Uhr:

3. Verbandsvorsteher Dr. Hanns Hoff Kreisell-Dresden;

bericht über die Organisation d. Siedler, ihre Erfahrungen und Erfolge. — 4. Oberregierungsrat f. d. M. Mitglieder des Verbandes. — 2. Abends 8 Uhr in der Aula der Tech. Hochschule (Bismarckplatz) öffentl. Lichtbildvortrag. Architekt Guzzetti-Berlin.

Die Möglichkeit des Lehmbaus, aus Anlaß der Deutschen Lehmbauausstellung veranlagt v. Aus-

schuß zur Förderung der Lehmbauweise.

Sonntag, 30. Januar, im Saal des Dresden Konzerthauses, Reichenstr. 37, vorm. 9 Uhr:

3. Verbandsvorsteher Dr. Hanns Hoff Kreisell-Dresden;

bericht über die Organisation d. Siedler, ihre Erfahrungen und Erfolge. — 4. Oberregierungsrat f. d. M. Mitglieder des Verbandes. — 2. Abends 8 Uhr in der Aula der Tech. Hochschule (Bismarckplatz) öffentl. Lichtbildvortrag. Architekt Guzzetti-Berlin.

Die Möglichkeit des Lehmbaus, aus Anlaß der Deutschen Lehmbauausstellung veranlagt v. Aus-

schuß zur Förderung der Lehmbauweise.

Sonntag, 30. Januar, im Saal des Dresden Konzerthauses, Reichenstr. 37, vorm. 9 Uhr:

